

Stand: 03.05.2026 19:05:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11160

"Ausweitung der „Alltagskompetenzen - Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11160 vom 19.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11796 des BI vom 26.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Martina Gießübel, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Peter Tomaschko, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU

Ausweitung der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die erfolgreiche Initiative „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz zu erweitern.

Ziel eines neuen Handlungsfeldes soll sein, Schülerinnen und Schüler altersgerecht und praxisnah auf außergewöhnliche Belastungs- und Krisensituationen vorzubereiten. Schülerinnen und Schüler sollen grundlegende Kompetenzen erwerben, um in Notlagen besonnen, verantwortungsvoll und solidarisch handeln zu können. Hierzu zählen insbesondere Kenntnisse über persönliche Vorsorge, richtiges Verhalten in Gefahrenlagen, grundlegende Maßnahmen des Selbstschutzes sowie die Stärkung individueller und sozialer Resilienz.

Die Umsetzung des zusätzlichen Handlungsfeldes soll dabei ausdrücklich im Rahmen der bestehenden Struktur der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass für die Schulen keine zusätzliche organisatorische oder personelle Mehrbelastung entsteht. Vielmehr sollen bestehende Projekte, bewährte Unterrichtsformate sowie bereits etablierte Kooperationen mit externen Partnern – insbesondere aus den Bereichen Rettungswesen, Katastrophenschutz, Sicherheitsbehörden und Prävention – genutzt und gegebenenfalls erweitert werden.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, die Schulen bei der Umsetzung gezielt zu unterstützen. Dazu sollen insbesondere praxisnahe Unterrichtsmaterialien bereitgestellt, Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten und die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern weiter gestärkt werden.

Begründung:

Die Initiative „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ hat sich als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Insbesondere die Ausweitung zum Schuljahr 2024/2025 ist ausdrücklich zu begrüßen. Damit wird es noch mehr Schülerinnen und Schülern ermöglicht,

zentrale Kompetenzen für ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu erwerben.

Durch die Ausweitung stehen den Schulen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung, sodass noch mehr Projekte umgesetzt werden können. Gleichzeitig können bestehende Netzwerkstrukturen mit externen Kooperationspartnern weiter gefestigt und ausgebaut werden. Bayerische Schulen verankern sich dadurch noch stärker in der Mitte der Gesellschaft und öffnen sich weiter nach außen.

Bislang umfasst das Konzept die sechs Handlungsfelder

- Gesundheit,
- Ernährung,
- Haushaltsführung,
- Selbstbestimmtes Verbraucherverhalten,
- Umweltverhalten,
- Digital handeln.

Diese Themen decken zentrale Bereiche der Lebensführung ab. Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen erscheint jedoch eine inhaltliche Ergänzung geboten. Naturkatastrophen, Unglücksfälle, der Ausfall kritischer Infrastruktur, Pandemien oder militärische Konflikte führen deutlich vor Augen: Krisen sind keine abstrakten Szenarien, sondern reale Herausforderungen. Eine angemessene Vorbereitung hierauf ist Teil moderner Daseinsvorsorge und damit auch Teil zeitgemäßer Bildung.

Krisenbewältigung gehört zu den Alltagskompetenzen. Resilienz, grundlegende Kenntnisse in Gefahrenabwehr sowie Fähigkeiten zum Selbstschutz stärken nicht nur die individuelle Handlungsfähigkeit, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden,

- Risiken realistisch einzuschätzen,
- in Notlagen besonnen zu handeln,
- grundlegende Selbstschutzmaßnahmen zu kennen,
- Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Mit der Erweiterung um ein siebtes Handlungsfeld wird das bewährte Gesamtkonzept der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ konsequent ergänzt und an aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen angepasst, ohne neue Unterrichtsverpflichtungen oder zusätzliche Pflichtstunden zu schaffen.

Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheiten ist es staatliche Aufgabe, junge Menschen nicht nur fachlich, sondern auch lebenspraktisch auf Herausforderungen vorzubereiten. Ein siebtes Handlungsfeld zu Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz ergänzt die bestehenden Kompetenzbereiche folgerichtig und stärkt die Zukunftsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler wie auch unserer Gesellschaft insgesamt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Drs. 19/11160**

Ausweitung der „Alltagskompetenzen - Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Martin Brunnhuber**
Mitberichterstatlerin: **Gabriele Triebel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 26. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: EnthaltungZustimmung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende